Europäische Parteien

Jürgen Mittag

Die Kooperation von politisch nahestehenden nationalen Parteien beziehungsweise Parteifamilien in Europa unterliegt sowohl in organisatorischer als auch quantitativer Hinsicht einer anhaltenden Weiterentwicklung. Die europäischen politischen Parteien – die in der bis zum Jahresende 2016 gültigen Terminologie offiziell als politische Parteien auf europäischer Ebene bezeichnet werden – stellen ein wichtiges Strukturelement europäischer Politik dar. Der Vertrag über die Europäische Union (EUV) schreibt ihnen die Aufgabe zu, „auf europäischer Ebene (…) zur Herausbildung eines europäischen politischen Bewusstseins und zum Ausdruck des Willens der Bürgerinnen und Bürger der Union" beizutragen (Art. 10 EUV). Im Gegensatz zu nationalen Parteien dienen sie funktional jedoch weniger der Mobilisierung, Repräsentation und Rekrutierung und zielen auch nicht primär auf die Interaktion zwischen Staat und Bürgern. Stattdessen tragen die europäischen Parteien stärker zur Kommunikation, Koordination und Vernetzung zwischen der europäischen Ebene und den einzelnen nationalen Parteien bei. Die europäischen Parteien stellen dabei keine hierarchisch übergeordneten Dachorganisationen der nationalen Parteien auf EU- beziehungsweise Europa-Ebene dar und sie verfügen auch über keine Steuerungskompetenzen gegenüber nationalen Parteien. Ihr Pendant haben die europäischen politischen Parteien in den europäischen politischen Stiftungen. Diese sind jeweils mit einer Partei verbunden und ergänzen deren Tätigkeiten, indem sie etwa Studien durchführen oder Bildungsveranstaltungen ausrichten.

Zum Jahresende 2015 wurden insgesamt 15 politische Organisationen vom Europäischen Parlament als politische Parteien auf EU-Ebene anerkannt und auf Grundlage der Parteienverordnung (Nr. 1141/2014) auch finanziell unterstützt. Unterschieden werden kann hierbei zwischen fünf Parteien (beziehungsweise deren Vorläufern), die sich bereits im Zuge der ersten Europawahl 1979 formierten (SPE, EVP, ALDE, EFA, EGP) und in (fast) allen EU-Staaten mit nationalen Mitgliedsparteien vertreten sind. Diese europäischen Parteien finden ihr parlamentarisches Gegenstück in einer größeren Anzahl von Europaabgeordneten in dauerhaften Fraktionen (S&D, EVP) beziehungsweise Fraktionsgemeinschaften (ALDE, Grüne/EFA). Weitere vier Parteien bezogen ihren Gründungsimpuls primär aus der Verordnung (Nr. 2004/2003) des Jahres 2003 zur Parteienfinanzierung auf europäischer Ebene (EL, EDP, EUD, ECPM); diese vier Parteien weisen grundsätzlich stabile Strukturen auf, sie sind aber nur in einem Teil der EU-Staaten mit nationalen Parteien verankert. Zudem fällt ihre Repräsentation durch Europaabgeordnete in den Fraktionen (GUE/NGL, ALDE, ECR, Grüne/EFA) schwächer und heterogener aus.

Hinzukommen weitere sechs Parteien, die seit 2009 im Wesentlichen mit europakritischer, nationalistischer oder rechtsextremer Zielsetzung entstanden sind (AECR, AENB, EAF, MENL, ADDE, APF). Der Gründungsimpuls dieser europäischen Parteien, die in der Regel jeweils nur in wenigen Staaten und einer begrenzten Anzahl nationaler Parteien verankert sind, geht primär auf Erfolge bei den Europawahlen 2009 und 2014 zurück. Im Europäischen Parlament sind sie entweder durch fraktionslose Abgeordnete, in

der dauerhafteren EKR oder in einer der beiden erst im Zuge der letzten Wahlen entstandenen rechtsextremen Fraktionen (ENF, EFDD), durch Mandatsträger repräsentiert.

Die rechtliche Anerkennung und die Finanzierung europäischer Parteien haben seit deren Gründung immer wieder zu Kontroversen geführt. Mit dem Ziel, einfachere und präzisere Regeln sowie einen stärkere Akzeptanz findenden rechtlichen Rahmen zu etablieren, wurde am 22. Oktober 2014 die Verordnung „über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen" verabschiedet, die bereits in Kraft ist, aber erst zum 1. Januar 2017 wirksam wird. Diese neue Verordnung sieht – neben einer terminologischen Anpassung, da ab 2017 auch offiziell die Bezeichnung „europäische politische Parteien" verwendet wird – weiterhin eine Verpflichtung zur Registrierung der Parteien im Vereinsregister des Staates vor, in dem sich die Partei gegründet hat. Die Verordnung schafft zugleich aber die Basis für die lange geforderte europäische Rechtspersönlichkeit der europäischen Parteien. Um eine systematische Prüfung der europäischen Parteien zu ermöglichen, wurde am 1. September 2016 eine neue Behörde für europäische politische Parteien und Stiftungen (BEUPS) eingerichtet, die die Aufgabe hat, die Anerkennung, Kontrolle und gegebenenfalls auch Sanktionierung der europäischen politischen Parteien und Stiftungen zu regeln. Die Behörde sitzt im Europäischen Parlament und administriert künftig die rund 31 Mrd. Euro pro Jahr, die an die europäischen Parteien ausgeschüttet werden, sowie die etwa 19 Mio. Euro, die an die europäischen Stiftungen gehen. Die Verordnung hat des Weiteren die Grundlage zur Einrichtung eines sechsköpfigen Ausschusses unabhängiger Persönlichkeiten geschaffen, der auf Anfrage der BEUPS Stellungnahmen über Verstöße einer europäischen politischen Partei oder einer europäischen politischen Stiftung gegen die Werte der Europäischen Union abgibt. Je zwei Mitglieder des Ausschusses werden vom Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission benannt.

Mit dem neuen rechtlichen Rahmen wird die Rolle der europäischen Parteien einmal mehr strukturell gestärkt. Die Verordnung bildet damit einen weiteren Baustein in der langen Kette von Aktivitäten zur Ausgestaltung einer parlamentarischen Infrastruktur auf europäischer Ebene. Es muss aber ein Fragezeichen hinter Überlegungen gesetzt werden, dass die neuen Strukturen auch zu einer Föderalisierung der europäischen politischen Parteien oder sogar zu einer Ausweitung ihres Funktionskataloges führen werden.[1] Nach dem Aufmerksamkeitsschub durch die Kür von Spitzenkandidaten für die Europawahlen 2014 sind die europäischen politischen Parteien wieder weitgehend aus dem Blickfeld der Medien verschwunden; zur politischen Willensbildung tragen sie eher hinter als vor den Kulissen bei. Die vielfach geäußerte Perspektive, dass die europäischen politischen Parteien neue Impulse zur Stärkung einer europabezogenen Debattenkultur liefern, hat sich damit nicht im erwarteten Ausmaß eingestellt. Die Hauptaufgabe der europäischen politischen Parteien besteht weiterhin darin, zwischen den unterschiedlichen Interessen der Mitgliedsparteien zu vermitteln und zu deren Vernetzung und Koordination auf EU-Ebene beizutragen.

1 Siehe für entsprechende Überlegungen die Debattenbeiträge, abrufbar unter: http://www.foederalist.eu/2016/01/zukunft-europaische-parteien-serie-auftakt.html (11.10.2016).

Tabelle: Formal anerkannte politische Parteien auf europäischer Ebene

Partei	Gründung/ Reform	Sitz	Mitglieds-Parteien	EP-Fraktion	Politische Ausrichtung	EU-Finanzierung 2016[2]
Sozialdemokratische Partei Europas (SPE)	1974 1992	BE	33 VM aus 28 MS 13 AM/12 B	S&D	sozialdemokratisch /sozialistisch	7,154
Europäische Volkspartei (EVP)	1976 1999	BE	37 VM aus 30 MS 6 AM/13 B	EVP	christdemokratisch (konservativ)	8,684
Allianz der Demokraten und Liberalen für Europa (ALDE)	1976 1993	BE	61 VM aus 38 MS	ALDE	liberal	1,242
Europäische Freie Allianz (EFA)	1982 1994 2004	BE	38 VM aus 16 MS 2 AM/6 B	Grüne/EFA (ECR, GUE/NGL)	regional „nationalistisch"	2,337
Europäische Grüne Partei (EGP)	1983 1992 2004	BE	41 VM aus 35 MS 3 AM	Grüne/ EFA	grün/alternativ	0,777
Europäische Linke (EL)	2004	BE	13 VM aus 20 MS 6B	GUE/ NGL	sozialistisch/post-kommunistisch	1,798
Europäische Demokratische Partei (EDP)	2004	BE	16 M aus 14 MS	ALDE (S&D)	zentristisch (liberal)	0,588
Europäer vereint für Demokratie – Allianz für ein Europa der Demokraten (EUD)	2005	DK	12 M aus 12 MS	ALDE, Grüne/EFA, GUE/NGL	europaskeptisch	0,431
Europäische Christliche Politische Bewegung (ECPM)	2002 2010	NL	15 VM aus 14 MS 28 AM	EKR	christlich/ evangelikal	0,547
Allianz der Europäischen Konservativen und Reformisten (AKRE)	2009	BE	21 VM aus 17 MS	EKR	nationalkonservativ/europaskeptisch	2,532
Europäische Allianz nationaler Bewegungen (EAMN)	2009	FR	9 VM aus 9 MS 5 AM	–	rechtsextrem	0,392
Europäische Allianz für Freiheit (EAF)	2010	MT	10 M aus 10 MS	ENF	rechtspopulistisch	0,391
Bewegung für ein Europa der Nationen und der Freiheit (BENF)	2014	FR	5 M aus 5 MS	ENF	europaskeptisch/ rechtsextrem/ rechtspopulistisch	1,55
Allianz für direkte Demokratie in Europa (ADDE)	2014	UK	13 M aus 11 MS	EFDD	europaskeptisch/ rechtsextrem	1,4
Allianz für Frieden und Freiheit (APF)	2015	BE	12 M aus 12 MS	–	rechtsextrem	0,4

Legende: M = Mitgliedspartei / MS = Mitgliedstaaten / VM = Vollmitglied(partei) / AM = Assoziiertes Mitglied / B = Beobachter.
Stand der Angaben: September 2016.

2 In Mio. Euro (gerundet). Daten zur Parteienfinanzierung: http://www.europarl.europa.eu/pdf/grants/Grant_amounts_parties_01-2016.pdf

Dies dokumentieren auch die spezifischen Aktivitäten der europäischen Parteien in den letzten Monaten: Das wichtigste Ereignis der Europäischen Volkspartei (EVP) war – neben einer Festveranstaltung Ende Mai 2016 in Luxemburg anlässlich des 40jährigen Bestehens der Parteiorganisation – der im Oktober 2015 abgehaltene 23. Kongress in Madrid. Bei den turnusgemäßen Wahlen wurde EVP-Präsident Joseph Daul im Amt bestätigt; neu gewählt wurde der CDU-Europaparlamentarier David McAllister zu einem der Vizepräsidenten und Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) zum neuen Schatzmeister. Inhaltlich ging es auf dem Kongress vor allem um die EU-Flüchtlingspolitik und die Frage der Grenzsicherung, die seitens der Mitgliedsparteien kontrovers diskutiert wurden.

Wie schwierig sich die Koordinierungs- und Vermittlungsaktivitäten der europäischen Parteien darstellen, zeigt die Debatte um den Brexit in der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE.) Zahlreiche direkt oder über die SPE vermittelte Offerten von sozialistischen beziehungsweise sozialdemokratischen Parteien aus anderen EU-Mitgliedsländern, sich in den Referendumsdebatten in Großbritannien zu engagieren, wurden von der britischen Labour Party abgelehnt.

In der Partei Allianz der Demokraten und Liberalen für Europa (ALDE) ist der niederländische Europaabgeordnete Hans van Baalen (VVD) auf dem Budapester Kongress im November 2015 zum Nachfolger von Graham Watson gewählt worden. Er setzte sich gegen seinen estnischen Konkurrenten durch, den ehemaligen Ministerpräsidenten und EU-Kommissar Siim Kallas (Estnische Reformpartei). Markus Löning von der FDP wurde zu einem der fünf Vizepräsidenten gewählt. Mit der ungarischen Partei Liberalisok und der Alliance of Liberals and Democrats Party aus Rumänien wurden zwei neue Parteien aus Osteuropa aufgenommen, die beispielhaft für die unlängst auch wissenschaftlich eingehender behandelte Frage stehen, inwieweit die anhaltenden Veränderungen in den Parteiensystemen Mittel- und Osteuropas Auswirkungen auf die europäischen Aktivitäten haben und vice versa.[3]

Dass die europäischen politischen Parteien das vergangene Jahr auch zu einer grundsätzlichen Reflexion über Europa genutzt haben, zeigen exemplarisch die Aktivitäten des ‚Councils' der Europäischen Grünen Partei (EGP) im Mai 2016 in Utrecht, der sich unter anderem mit den Fragen und Themen „What Holds Europe Together?" und „Europa Quo Vadis? Facts, Ideas And Alliances To Bring Back The European Dream" befasste.

Die Europäische Freie Allianz (EFA) hat Ende März 2016 auf ihrer General Assembly auf Korsika ihren Präsidenten François Alfonsi, Europaabgeordneter und Politiker der korsisch-nationalistischen Partei PNC, wiedergewählt. Inhaltlich hat die EFA ihr Kernthema Regionalismus vor allem mit Blick auf Katalonien, Korsika und Schottland behandelt, sich aber auch mit der Flüchtlingskrise und dem Terrorismus auseinandergesetzt.

In der Linkspartei EL spielen Grundsatzdebatten und theoretische Erörterungen traditionell eine zentrale Rolle. Eine wichtige Funktion kommt in diesem Zusammenhang der Sommeruniversität zu, die 2016 in Chianciano Terme in der Toskana stattfand. Zu den hier in Workshops und Diskussionsrunden behandelten Fragen gehörten vor allem wirtschaftliche und soziale Themen wie TTIP, Austerität, Prekarisierung und die Situation geflüchteter Menschen.

3 Siehe hierzu auch Edoardo Bressanelli: Europarties After Enlargement. Organization, Ideology and Competition, Houndmills/Basingstoke 2014 und Benjamin v.d. Berge: Im Osten was Neues. Die Osterweiterung der Europarteien und ihr Einfluss auf mittel- und osteuropäische Partnerparteien, Baden-Baden 2015.

Die von Francois Bayrou und Francesco Rutelli geleitete, romanisch dominierte Europäische Demokratische Partei (EDF) konnte mit der Partido Democrático Republicano aus Portugal ein neues Mitglied aufnehmen, das national indes parlamentarisch nicht vertreten ist. Inhaltlich setzte sich die Partei auf ihren Tagungen mit der Frage neuer politischer Strukturen und einer Reform politischer Partizipation auseinander, wobei auch Regionen jenseits der Europäischen Union mehr Aufmerksamkeit beigemessen wurde. Die nordisch geprägte, basisdemokratisch orientierte europaskeptische Partei Europäer vereint für Demokratie (EUD) hielt ihr Annual General Meeting 2015 unter Leitung ihrer Präsidentin Patricia McKenna in Berlin ab. Besondere Aufmerksamkeit widmete auch die EUD der Flüchtlingsfrage.

Die Europäische Christliche Politische Bewegung (ECPM) kam im Juni 2016 unter der Leitung des finnischen Christdemokraten Peter Östman zur 12. General Assembly in Rotterdam zusammen und stellte die Flüchtlingsfrage ebenfalls in den Mittelpunkt. Verfolgt wurde hier das Motto „Crossing the border: Giving direction to the refugee debate in a divided Europe". Für Aufsehen sorgte aufgrund von Aussagen zur Flüchtlingspolitik der Ausschluss der deutschen AfD-Politikerin Beatrice von Storch aus der ECPM.

Aus der Gruppe der nach 2009 gegründeten europäischen politischen Parteien weist allein die Europäische Konservative und Reformer (EKR) ein stärkeres organisatorisches und programmatisches Profil auf. Außergewöhnlich war mit Tunis der Tagungsort der Annual Conference der Allianz der Konservativen und Reformer in Europa (AKRE) im November 2015. Thematisiert wurde unter der Leitung des Europaabgeordneten und Präsidenten der Partei Jan Zahradil neben den politischen Reformen in Nordafrika und im Nahen Osten auch die Notwendigkeit souveräner staatlicher Entwicklung.

In der Regel folgt die Parteibildung auf europäischer Ebene der Konstituierung als Fraktion im Europäischen Parlament. Angesichts der beträchtlichen Ressourcen des Europäischen Parlaments, die Fraktionen – jedoch nicht einzelnen Abgeordneten – zukommen, besteht ein hoher Druck zum fraktionellen Zusammenschluss, vor allem im unmittelbaren Nachgang zu den Europawahlen. Im rechtspopulistischen und rechtsextremen Bereich verliefen diese Prozesse zuletzt jedoch differenzierter: So stellt die Allianz für Direkte Demokratie in Europa (ADDE) ein zeitlich nachgelagertes und mit Blick auf die Aktivitäten auch nachgeordnetes Parteiprojekt der Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie (EFDD) unter Federführung der britischen UKIP dar. Demgegenüber wurde die Bewegung für ein Europa der Nationen und der Freiheit (MENL) 2014 zunächst als europäische Partei gegründet, da das notwendige Quorum zur Fraktionsbildung im Europäischen Parlament nicht erreicht wurde. Die anhaltende, wenngleich schwach ausgeprägte Kooperation im europäischen Parteirahmen unter Federführung des Front National hat dann – einhergehend mit Fraktionswechseln – den Boden zur Fraktionsbildung bereitet.

Beträchtliche mediale Aufmerksamkeit und vielschichtige Kritik im Europäischen Parlament hat die Gründung der rechtsextremen Allianz für Frieden und Freiheit als europäische Partei (APF) im Februar 2015 nach sich gezogen, da die EU-Zuwendungen dazu beitragen, Treffen von verfassungsfeindlich ausgerichteten Bewegungen, wie im Mai 2016 in Stockholm geschehen, zu finanzieren. Da sich die AFP aber zumindest in ihren offiziellen Dokumenten und Stellungnahmen zu den Grundwerten der Europäischen Union, zum Teil mit wortwörtlicher Übernahme der vorgegebenen EU-Textbausteine, bekennt, eröffnet der gegenwärtige rechtliche Rahmen der Europäischen Union nur begrenzte Handhabe. Als grundsätzliches Kennzeichnen sowohl der Allianz für Frieden und Freiheit als auch der weiteren nach 2009 gegründeten europäischen Parteien ist ihr nur schwach ausgeprägtes europäisches Profil und eine höchst begrenzte Anzahl von Aktivitäten auszumachen.

Selbst die zentrifugalen Wirkungen des Brexit wurden hier kaum näher thematisiert. Mit der Bewegung für ein Europa der Freiheit und der Demokratie (MELD), die der MENL-Fraktion nahestand, verabschiedete sich eine europäische politische Partei auch wieder aus der Liste der offiziell anerkannten Organisationen, da die Partei für 2016 keinen neuerlichen Antrag auf Parteienfinanzierung stellte und ihre potenzielle Nachfolgepartei Alternative for Europe (AFE) formal nicht anerkannt wurde.

Mit Ausnahme des auch parlamentarisch unbeständigen rechtsextremen Lagers zeugen die Entwicklungen der europäischen politischen Parteien – ungeachtet aller konstitutionellen Änderungen – eher von inkrementeller Weiterentwicklung als von grundlegendem Wandel. Vieles deutet darauf hin, dass die europäischen Parteien absehbar lediglich schrittweise Veränderungen erfahren und weder als Legitimationsstifter noch als Wahlkampflokomotiven stärker sichtbar in Erscheinung treten werden. Für einen grundlegenden Funktions- und Rollenwandel bedürfte es nicht zuletzt einer Änderung des Europawahlrechts mit transnationalen Wahllisten und europaweiter Kandidatenrekrutierung. Diese steht trotz entsprechender Initiativen des Europäischen Parlaments, die Sichtbarkeit der europäischen Parteien – unter anderem durch Namen und Logos auf den Stimmzetteln – zu erhöhen, gegenwärtig nicht auf der politischen Agenda. Da die Mitgliedstaaten entsprechende Initiativen ins Leere laufen lassen, bleibt vielmehr abzuwarten, ob die Terrain- und temporären Aufmerksamkeitsgewinne der europäischen politischen Parteien im Vorfeld der Europawahl 2014 bei den Wahlen 2019 zu wiederholen sein werden.

Weiterführende Literatur

Hartwig Hummel: Europaparlament und Europarteien. Konfliktlinien auf dem Weg zu einem sozialen Europa, in: Ulrich von Alemann et al. (Hrsg.): Ein soziales Europa ist möglich. Grundlagen und Handlungsoptionen, Wiesbaden 2015.

Michael Kaeding/Niko Switek (Hrsg.): Die Europawahl 2014. Spitzenkandidaten, Protestparteien, Nichtwähler, Wiesbaden 2015.

Ingo Take: Durch politischen Wettbewerb zu mehr Akzeptanz? Die potenzielle Rolle von Europarteien in der Perspektive der agonistischen Theorie, in: integration, S. 123-143.

Tobias Schweitzer: Die europäischen Parteien und ihre Finanzierung durch die Europäische Union, Berlin 2014.

Kirchen und Religionsgemeinschaften

Matthias Belafi

Die drei Krisen des vergangenen Jahres – Griechenland, Flüchtlinge und Brexit – haben auch die Kirchen geprägt und nicht zuletzt tiefe Meinungsverschiedenheiten zwischen beziehungsweise innerhalb der Kirchen zu Tage gebracht, die oft an den politischen Konfliktlinien der Staaten entlanglaufen.

Griechenlandkrise

Als im Sommer 2015 die Verhandlungen über eine Rettung Griechenlands ganz Europa bewegten, bezogen auch die Kirchen Position. Der Heilige Synod der orthodoxen Kirche von Griechenland bat die Europäische Union in einem offenen Brief, „einmal mehr Verständnis und Solidarität zu zeigen, damit eine gegenseitig akzeptable Lösung für Griechenlands ökonomische Probleme gefunden werden kann." Auch vor dem Referendum über ein neues Hilfspaket äußerten sich griechische Kirchenvertreter: Der Metropolit von Thessaloniki bekundete, für Europa zu stimmen, und der Erzbischof von Athen appellierte für nationale Einheit und für den Verbleib in der „gemeinsamen europäischen Familie".[1] Die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) forderte von allen Beteiligten eine Lösung, die Griechenland eine Zukunft in der Eurozone ermöglicht. Papst Franziskus bekundete dem griechischen Volk seine Nähe und rief zum Gebet für Griechenland auf.[2] Währenddessen kamen das Vermögen und die Privilegien der orthodoxen Kirche in die Kritik.[3] Aus Protest gegen die am 13. Juli 2015 erzielte Einigung kündigte die griechische Kirche die Abberufung ihres Vertreters bei der Europäischen Union an,[4] das Büro wurde schließlich jedoch nicht geschlossen.

Flüchtlingskrise

In der Tradition ihres Engagements für Migranten[5] haben die Kirchen von Anfang an in der Flüchtlingskrise deutlich Position bezogen. Am 9. September 2015 adressierten der Weltkirchenrat und die KEK einen Brief an die Gläubigen, in dem sie unter dem Eindruck der in Europa ankommenden Flüchtlinge zu einem offenen Umgang aufriefen und „für ein

1 Kathpress: Griechen-Referendum: Bischof beklagt Verunsicherung, Verzweiflung, 3.7.2015.

2 KEK: Greece Crisis: CEC expresses solidarity with Greek churches, 3.7.2015, abrufbar unter: http://www.ceceurope.org/greece-crisis-cec-expresses-solidarity-with-greek-churches/ (letzter Zugriff: 29.8.2016); Kathpress: Papst ruft zum Gebet für Griechenland auf, 1.7.2015.

3 Die Welt: „Athen sollte an die Privilegien der orthodoxen Kirche ran", 2.7.2015. Vgl. Lina Molokotos-Liederman: The impact of the crisis on the Orthodox Church of Greece: a moment of challenge and opportunity?, in: Religion, State & Society 1/2016, S. 32-50; Vasilios N. Makrides: Hat die Orthodoxie mit der tiefgreifenden Finanzkrise in Griechenland seit 2009 etwas zu tun?, in: Reinhard Flogaus/Jennifer Wasmuth (Hrsg.): Orthodoxie im Dialog, Berlin 2015, S. 371-393.

4 Kathpress: Griechische Orthodoxe Kirche beruft Leiter des EU-Büros ab, 27.7.2015.

5 Vgl. François Foret/Julia Mourão Permoser: Between faith, expertise and advocacy: the role of religion in European Union policy-making on immigration, in: Journal of European Public Policy 8/2015, S. 1089-1108.